

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 7. April 2014

Verfasser: Michael Zeugin

**Ziel war es, eine ZKB-Debatte zu führen und abzuschliessen. Es konnten aber erst drei Anträge diskutiert werden – nächsten Montag geht es weiter.**

### **Zuerst aber eine Erfolgsmeldung aus glp-Sicht!**

#### **„Kontinuierliche Arbeit im Naturschutz“ (Dringliches Postulat von Barbara Schaffner)**

Der Natur- und Heimatschutz Fonds hatte in den letzten Jahre Ausgaben von zwischen 33.5 und 35.5 Mio. Fr., die jeweils nicht vollständig aus den Einlagen gedeckt werden konnten. Dadurch wurde bewusst in Kauf genommen, dass sich das Fondskapital pro Jahr um 3 bis 6 Mio. Fr. reduziert. Mit dem Budget 2014 musste festgestellt werden, dass sich das Fondskapital erschöpft und langsam dem Ende zuneigt. Damit die sinnvollen Projekte weitergeführt werden können, müssen die Einlagen in den Fonds erhöht werden. Für den Kanton Zürich bedeutet dies, dass er zusätzliche Mittel in den Fonds einschiessen muss, damit der Fonds im bisherigen Umfang Projekte finanzieren kann. Der Regierungsrat hat die entsprechenden Gelder beim Kantonsrat beantragt. Auch dies wurde von der SVP-FDP-CVP Allianz abgelehnt. Damit wurde der Natur- und Heimatschutzfonds de facto an die Wand gefahren. Mit dem vorliegenden dringlichen Postulat fordern die Grünliberalen, dass dieser Scherbenhaufen nun zügig behoben wird – mit Erfolg!

#### **Kantonalbankgesetz (Daniel Hodel und Andreas Hauri)**

Die Zürcher Kantonalbank ist die marktführende Universalbank im Kanton Zürich, die grösste Kantonalbank der Schweiz und die 3. grösste Bank dieses Landes und eine äusserst erfolgreiche Bank mit über 5000 Beschäftigten. Die ZKB verfügt momentan über genügend Eigenmittel. Die Gesetzesanpassung ist eine rein formelle Angelegenheit, um sicherzustellen, dass sich die Bank in den nächsten 10 Jahren normal weiterentwickeln kann. Die Gretchenfrage lautet: Was bedeutet eine normale Weiterentwicklung, oder vielleicht etwas ambitiöser: was bedeutet die erfolgreiche Weiterführung der Bank? Die Vorstellungen, wie sich die ZKB weiterentwickeln soll, gehen aber weit auseinander. Wie im Teilchenbeschleuniger am CERN kollidieren Vorstellungen einer unheiligen Allianz aus SP/GP und SVP mit den Vorstellungen des Bankrats. Bereits in der Kommissionsberatung hat sich ab gezeigt, dass sich sowohl der Linke, wie auch der Recht Pol auf die ideologischen Fundamentalpositionen zurückziehen. Der ZKB werden damit staatliche Fesseln angelegt, die eine Weiterentwicklung verunmöglichen.

Die wichtigsten Positionen der Grünliberalen bezüglich den Änderungen im Kantonalbankengesetz:

#### **Möglichkeit zur Schaffung von Partizipationskapital: JA**

Begründung: Mit der Schaffung von Partizipationsscheinen kann das finanzielle Risiko der ZKB für den Kanton Zürich reduziert werden, ohne dass dadurch der Handlungsspielraum für die ZKB unnötig eingeschränkt wird. Eine Mehrheit des Rates entschied sich anders.

#### **Geographische Einschränkung der Staatsgarantie: NEIN**

Die Staatsgarantie geografisch einzuschränken macht überhaupt keinen Sinn. Ein solcher Vorschlag ist unbrauchbar und technisch praktisch nicht umsetzbar. Die ziemlich hemdsärmelige Idee erkennt eindeutig die Komplexität heutiger Finanzdienstleistungen. So sieht es auch eine Mehrheit des Rates.

#### **Fixe Risikovergütung durch die ZKB an den Kanton Zürich: Nein**

Die Abgeltung der Staatsgarantie ohne Ausgabe von Partizipationskapital macht wenig Sinn, da eigentlich unnötig. Dennoch fordert der Rat eine Abgeltung der Staatsgarantie. Für die Grünliberalen macht eine Abgeltung nur Sinn, wenn diese jährlich im Sinne einer Versicherungspolice überprüft und festgelegt wird. Die vorgeschlagene Summe ist zudem deutlich zu tief angesetzt. Der Rat entscheidet gegen diese Form der Abgeltung der Staatsgarantie.